

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

KÄMPFER DES ISLAMISCHEN STAATES AUS ZENTRALASIEN PARLAMENTSWAHLEN IN TADSCHIKISTAN

■ ANALYSE

Zentralasien und der IS:

Debatten um Ursachen und Umgang mit zentralasiatischen Kämpfern 2
Von Klara Roth, Berlin

■ DOKUMENTATION

Das Ende einer erfolgreichen Strategie?

Anmerkungen zur Parlamentswahl in Tadschikistan am 1. März 2015 6

■ CHRONIK

28. Februar – 20. März 2015 10

Kasachstan 10

Kirgistan 11

Tadschikistan 13

Turkmenistan 14

Usbekistan 15



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen werden unterstützt von:

MANGOLD
Consulting

VDW
Verband der Deutschen
Wirtschaft in der
Republik Kasachstan

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Zentralasien und der IS: Debatten um Ursachen und Umgang mit zentralasiatischen Kämpfern

Von Klara Roth, Berlin

Zusammenfassung

Alle zentralasiatischen Regierungen stehen zurzeit vor der Frage, wie sie mit Staatsangehörigen, die sich in Syrien und Irak dem sogenannten Islamischen Staat (IS) oder anderen dschihadistischen Gruppierungen angeschlossen haben, und deren Familien umgehen sollen. Nachdem deren Präsenz im Internet wiederholt dokumentiert wurde, schwanken offizielle Reaktionen zwischen dem Ruf nach harten Konsequenzen, Herunterspielen des Problems und Versuchen zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Letztlich siegt das Sicherheitsdenken, die Gründe wie das Ausmaß der Emigration in den Dschihad liegen jedoch noch weitgehend im Dunkeln.

Seit 2013 wird zunehmend öffentlich, dass sich unter ausländischen Dschihadisten, die den IS und andere islamistische Organisationen in Syrien und Irak unterstützen, eine Reihe Zentralasiaten befinden. Offizielle Zahlen gehen weit auseinander und Beobachter werfen zentralasiatischen Regierungen wahlweise vor, die Zahlen zu übertreiben, um ihre als Antiterrorkampf deklarierten autoritären Maßnahmen leichter durchsetzen zu können oder sie zu untertreiben, um die Bedrohung herunterzuspielen. Problematisch bei einer Einschätzung der Situation ist, dass weder Rückkehrer, Sympathisanten noch Familienangehörige frei sprechen können, ohne staatliche Repressionen fürchten zu müssen, so dass sich nicht nur zu den Zahlen, sondern auch zur Motivation der Kämpfer kaum gesicherte Angaben machen lassen.

Ein Video und seine Folgen

Im Herbst 2013 wurde Kasachstan durch ein Video aufgeschreckt, das in sozialen Netzwerken zirkulierte. Das inzwischen von den Online-Plattformen entfernte, »Briefe von heroischen Schlachtfeldern: Die Gastfreundschaft einer dschihadistischen Familie« betitelte Video zeigte angeblich eine kasachische »Familie« von etwa 150 Personen, die sich in Syrien dem IS angeschlossen hatte. Zu sehen waren unter anderem ein etwa zehnjähriger Junge, der auf Kasachisch ein Lied über die Vernichtung des Satans sang und junge Männer mit Sturmgewehren, die über den Dschihad sprachen. Bereits zuvor hatten zentralasiatische Militante im Internet aufgerufen, sich den Kämpfern in Syrien und Irak anzuschließen; unter anderem im Juli 2013 in der Botschaft eines Kasachen, der sich Abu Mu'adh al-Muhajir nannte, an seine »in der Tyrannei« lebenden Landsleute. In ersten Reaktionen zeigte sich das offizielle Kasachstan bestürzt; bald danach wurde verkündet, die im Video gezeigten Personen seien durch Bekannte und Familienangehörige in unterschiedlichen Regionen Kasachstans identifiziert worden. Ein Mann aus dem südkasachischen Dschetisai gab an, Großvater einiger der Kinder im Video zu

sein. Sein Sohn, der sich 2012 in Kasachstan einer salafistischen Gruppe angeschlossen habe, sei mit Frau und drei Kindern in den Nahen Osten ausgereist, wo ihm die Gruppe Arbeit in Aussicht gestellt hätte. Andere in dem Video gezeigte Männer stammen angeblich aus dem Gebiet Karaganda und sollen teils bereits durch einschlägige Postings in sozialen Netzwerken aufgefallen sein. Ein örtlicher Imam berichtete, dass mehrere Elternpaare regelmäßig kämen, um für ihre in Syrien kämpfenden Söhne zu beten, wollte jedoch anonym bleiben, da er nicht befugt sei, über derlei Dinge zu sprechen.

Diese Aussage weist bereits auf das Hauptproblem im Umgang mit (potentiellen) Dschihadisten in Zentralasien hin: Angst vor staatlichen Repressionen, strikte Sprachregelungen, was wie von wem gesagt werden darf, und Hierarchien, die denjenigen, die an der Basis arbeiten, wenig Mitspracherecht einräumen, verhindern eine offene Auseinandersetzung mit Ursachen, Motiven und Ausmaß der Ausreise von Dschihadisten. Natürlich bestehen zwischen den einzelnen zentralasiatischen Republiken erhebliche Unterschiede, was die Möglichkeit zur Diskussion der Problematik in der Öffentlichkeit betrifft. Dennoch liegen den staatlichen Reaktionen in allen fünf Staaten dieselben Prinzipien von (kollektiver) Einschüchterung und Schuldzuweisung an »fremde Mächte« zugrunde, die die passive, naive eigene Bevölkerung verführt hätten. Neue, innovative Strategien der Auseinandersetzung mit Islamismus und Dschihadismus sind kaum zu erkennen.

Abschreckung oder Integration?

»Briefe von heroischen Schlachtfeldern« bildete in Kasachstan eine Zäsur. Seither wird offiziell und in verschiedenen Foren über das Problem diskutiert; vor allem über den Umgang mit Rückkehrern gibt es keine Einigkeit. Ende 2013 verbreiteten kasachstanische Massenmedien Aufrufe, die ausgereiste Dschihadisten zur Rückkehr aufforderten. Falls sie sich binnen drei Tagen nach ihrer Rückkehr den Behörden stellten, würde nicht die gesamte Familie unter Arrest gestellt, sondern die Kinder zu Ver-

wandten (statt ins Heim) gegeben oder sogar deren Mutter unter Auflagen freigelassen. Wieweit Betroffene solchen Ankündigungen vertrauen (können) ist ungewiss. Lokale (Strafverfolgungs)Behörden zeigen oft ein wenig differenzierendes Verhalten. Ein kirgisischer Polizeioffizier aus Osch sprach sich z. B. gegenüber Eurasianet dafür aus, zurückkehrende Militante hart zu bestrafen, damit Kirgistan nicht in einem Kalifat ende. Nicht selten berichten in Kasachstan verbliebene Familienangehörige ausgebreiteter Kämpfer gegenüber Medien von einem Generalverdacht ihnen gegenüber und von Schikanen. Einem Kind mutmaßlicher Dschihadisten sei sogar der Krankenhausbesuch verwehrt worden. Zurzeit soll eine Gruppe von ca. 100 Kasachen aus Syrien an der pakistanischen Grenze auf ihre Rückkehr nach Kasachstan warten, hat jedoch Angst vor Strafverfolgung. Die »Vereinigung der Muslime Kasachstans« befürwortet ein generelles Ende der staatlichen Verfolgung beziehungsweise eine Amnestie. Eine kasachstanische Rückkehrer vertretende Rechtsanwältin gab gegenüber Medienvertretern zu bedenken, dass nicht sicher sei, ob die Ausreise nach Syrien immer freiwillig war. Etliche salafistische Führer in Nordkasachstan verurteilten die Kämpfer zwar nicht, erklärten aber, dass die Religion sich nicht in die »große Politik« in Syrien einmischen solle. Man werde jedoch verwundeten Rückkehrern helfen, auch wenn der Staat sie verfolge. Neben den Kämpfern selbst sind ihre Unterstützer in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden geraten; es gab eine Reihe von Verhaftungen und Prozesse.

Mehrere zentralasiatische Staaten haben mittlerweile Gesetze eingeführt, die die Teilnahme ihrer Staatsangehörigen an bewaffneten Konflikten oder Militäroperationen im Ausland unter Strafe stellen. In Kasachstan kann dies seit dem 1. Januar 2014 mit Gefängnis zwischen drei und sieben Jahren bestraft werden. Der erste Kasachstaner, der im Dezember 2014 nach diesem Gesetz zu fünf Jahren Strafkolonie verurteilt wurde, war paradoxerweise jedoch kein Dschihadist, sondern ein 30-jähriger, der auf Seiten der Separatisten im ukrainischen Lugansk gekämpft hatte. Tadschikistan verabschiedete am 25. Juli 2014 ein ähnliches Gesetz, das »uneinsichtige tadschikische Staatsbürger oder Bürger mit ständigem Wohnsitz in Tadschikistan«, die sich dschihadistische Aktivitäten zuschulden kommen lassen, für die Teilnahme an Kriegen im Ausland mit 12 bis 20 Jahren Gefängnis bestraft. Falls sie sich keiner Straftaten schuldig gemacht haben und ihre Taten bereuen, sollen sie jedoch unbehelligt in ihr früheres Leben zurückkehren können. Von NGOs werden diese neuen Gesetze skeptisch beurteilt. Sie seien vor allem ein Abschreckungsmittel für potentielle Rückkehrer (die allerdings von zentralasiatischen Regierungen als Hauptproblem betrachtet werden), jedoch weniger geeignet

das Problem der Radikalisierung grundsätzlich anzugehen. Ohnehin existieren in allen zentralasiatischen Ländern bereits seit längerem Gesetze, die bestimmte islamistische Gruppierungen für illegal erklären. Menschenrechtsaktivisten und Oppositionelle haben schon häufig kritisiert, dass sie, wie auch die nun verabschiedeten, als Vorwand zur Einschüchterung und Strafverfolgung missliebiger Staatsbürger dienen. Als langfristig besonders problematisch für das gesellschaftliche Zusammenleben dürfte sich die ausdrückliche Erwartung von Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten erweisen, dass Bürger beim Aufspüren von Dschihadisten in sozialen Netzwerken behilflich sein und diese denunzieren sollen.

Ursachen der Rekrutierungsbereitschaft

Offiziellen zentralasiatischen und einigen internationalen Einschätzungen zufolge werden Armut und Unwissenheit in besonders benachteiligten Regionen Zentralasiens als zentrale Gründe für die Rekrutierungsbereitschaft junger Männer angesehen. Auch einige der in »Briefe aus heroischen Schlachtfeldern« gezeigten Militanten gaben an, sie hätten Kasachstan verlassen, um schlecht bezahlter Arbeit, Arbeitslosigkeit und Armut zu entkommen. Armut scheint in Zentralasien zu einer politisch und gesellschaftlich halbwegs akzeptierten Begründung für die Teilnahme an Kämpfen im Ausland geworden zu sein. Dies greift jedoch Kritikern zu kurz, die anmerken, dass es selbst in Europa und den USA, wo Forschungsbedingungen ungleich günstiger sind, bisher kaum gelungen sei zu verstehen, welche Menschen für dschihadistische Propaganda am empfänglichsten sind. Die einseitige Fokussierung auf Armut und Unwissenheit verdanke sich einem Fortleben sowjetischer Argumentationslinien unter den gebildeten Eliten Zentralasiens. Sie könnte nicht erklären, wieso sich von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, die unter diesen Bedingungen lebt, nur ein verschwindend kleiner Teil, und eben nicht nur unterprivilegierte, schlecht ausgebildete junge Männer ohne Einkommen und Perspektive, dem IS oder anderen dschihadistischen Gruppierungen angeschlossen hat. Manche, darunter Frauen, Familien oder Geschäftsleute, schlossen sich dem IS an, weil sie sich ideologisch zu dessen Zielen bekennen oder »humanitäre Hilfe« im Kriegsgebiet leisten wollten, wobei sie Gewalt als unvermeidliches Übel ansähen. Auch die Organisation »Search for Common Ground« beobachtete, dass sich Rekrutierungsversuche des IS, oft über soziale Netzwerke oder russischsprachige Internetseiten, nicht an Unterprivilegierte (die oft auch kaum über Internetzugang beziehungsweise ausreichend technisches Know how verfügen), sondern vorwiegend an gebildete junge Menschen richten. Besonders Frauen, die entweder eine

medizinische Ausbildung haben oder wegen der Missachtung ihrer religiösen Rechte den Staatsorganen ablehnend oder unzufrieden gegenüber stehen, seien als Zielgruppen auszumachen.

Versuche, den religiösen Extremismus jenseits der Strafverfolgung einzudämmen, befinden sich erst im Anfangsstadium. Auf einer Konferenz im Oktober 2014 in Bischkek empfahl eine kirgisische Islamwissenschaftlerin die Entwicklung von Argumentationslinien zur Diskreditierung des IS aus den kanonischen Texten heraus, die Erhöhung des intellektuellen Potentials von Missionaren und Mitarbeitern des Muftiats. Religiös Gebildete hielten sich in der Regel eher vom IS fern, wie auch schon von Al-Qaida. Offiziell sanktionierte religiöse Institutionen leiden jedoch in Zentralasien unter einem Glaubwürdigkeitsdefizit, da sie meist als religiös verbrämtes Sprachrohr der Regierung betrachtet werden. In den zentralasiatischen Staaten herrscht, wenn auch in unterschiedlichem Maße, seit Jahren ein repressives Klima gegenüber offen gezeigter Religiosität vor. Dies förderte ein konspiratives Verhalten bei der Diskussion religiöser Themen, der Verbreitung von Medien mit islamischem und islamistischem Inhalt sowie der religiösen Unterweisung, die überwiegend in inoffizielle Moscheen, Gebetsräume und Privathäuser verdrängt wurde. Das Problem der Armut und Arbeitslosigkeit, das, auch wenn es nicht die Generalerklärung darstellt, doch ernst genommen werden muss, dürfte noch weitaus schwieriger anzugehen sein. Zahlreiche Postings zentralasiatischer und anderer IS-Kämpfer verbreiten mit Bildern aus dem Leben in eroberten und besetzten Villen und Landhäusern das Image eines »5-Sterne-Dschihad«. Kürzlich veröffentlichte Videos unterer IS-Ränge, die diesem Bild etwas entgegenstellen und ihre »harschen Lebensbedingungen« zeigen wollten, dürften in Zentralasien wohl das Gegenteil des Beabsichtigten erreichen, da der gezeigte Lebensstandard immer noch über dem vieler seiner Bewohner liegt.

Wege in den Kampf

Im Gegensatz zu den Taliban oder Al-Qaida wird dem IS hohe Medienkompetenz bescheinigt, was die Gruppe für manche Menschen unter technischen und medienästhetischen Gesichtspunkten modern und attraktiv erscheinen lässt. Während islamistische und dschihadistische Gruppierungen in den vergangenen Jahren eigene Webseiten betrieben haben, die relativ leicht zu blockieren waren, nutzen sie inzwischen vorwiegend soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter, Odnoklassniki und Vkontakte. Diese Medien werden jedoch vermutlich hauptsächlich von zentralasiatischen Migranten in Russland und anderen Ländern genutzt, da Internetverbindungen in vielen Regionen Zentralasiens langsam und unzuverlässig sind, das Nutzerverhalten reglementiert und der

Zugang besonders für die ländliche Bevölkerung teuer ist. Im Internetzugang der urbanen Bevölkerungen zeigen sich die Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern Zentralasiens deutlich: Während in Kasachstan und Kirgistan die Internetverbindung in Städten meist recht gut ist, erschweren staatliche Eingriffe in Übertragungsraten oder eine mangelhafte technische Infrastruktur das Laden von Webseiten in Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan. Die propagandistische Wirkung von über das Internet verbreiteten Erfolgsbotschaften, wie die der Ernennung eines tadschikischen Staatsbürgers zum Emir des IS in der syrischen Stadt Rakka, ist folglich sicher nicht so groß, wie oft behauptet. Neuen Medien als Propaganda- und Organisationswerkzeug wird auch in der internationalen Berichterstattung über islamistische Gruppierungen viel Aufmerksamkeit zuteil. Über diesem Modethema wird oft die wichtige Rolle persönlicher Kontakte sowohl bei Anwerbeversuchen in Zentralasien wie auch in der Migration vernachlässigt. In Tadschikistan wurde besonders der Fall des 29-jährigen Odildschon Pulatow publik, der sich während seines Arbeitsaufenthalts in Russland angeblich von Tschetschenen davon überzeugen ließ, dass in Syrien die Rechte der Muslime verletzt würden und er für eine Teilnahme am Dschihad in den Himmel käme. Pulatow sparte über Monate hinweg Geld für die Reise, war aber vor Ort innerhalb kürzester Zeit ernüchert und wandte sich an tadschikische Behörden, um zurückkehren zu können. Da er sich reuig zeigte, griff die Amnestieregelung im neu erlassenen Gesetz. Einige aus Syrien oder der Türkei deportierte Zentralasiaten berichteten, dass sie von Anwerbern der Dschihadisten getäuscht worden seien. Man habe sie mit dem Versprechen eines Arbeitsplatzes in der Türkei nach Istanbul gelockt, wo ihnen am Flughafen die Pässe abgenommen wurden. Mehrere Rekruten seien jeweils zusammen in einem verschlossenen Kleinbus an die syrische Grenze gefahren und problemlos auf die andere Seite gebracht worden. Nach etlichen Tagen militärischen Trainings durch nordkaukasische Kämpfer seien sie gezwungen worden zu kämpfen. Dem Sprecher des kirgisischen Innenministeriums, Samir Sydykow, zufolge sei die Vortäuschung von Arbeitsplätzen ein großes Problem; gerade auch junge Frauen würden auf diesem Weg oder mit Eheversprechen für den IS angeworben. Danach würden ihnen die Pässe abgenommen und sie in die Kriegszone geschickt.

Die Reiserouten nach Syrien lassen sich nur annähernd rekonstruieren. Für potentielle Kämpfer liegt bislang die größte Gefahr darin, am Heimatflughafen von Sicherheitskräften verhaftet zu werden. Die Ausreise aus Zentralasien erfolgt in der Regel über die Türkei oder Russland. Die Einreisebestimmungen der Türkei erlauben es Zentralasiaten, ohne Visum einzureisen; der Grenz-

übertritt nach Syrien ist dann relativ einfach. Genutzt werden seit langem etablierte Schmuggler Routen, die vor dem syrischen Bürgerkrieg vor allem der Verschiebung von Zucker, Benzin, Zigaretten und Pistazien dienten. Türkische und syrische Schleuser, die sich auf Dschihadisten auf dem Weg nach Syrien spezialisiert haben, berichteten in Interviews für internationale Zeitungen, dass sie regelmäßig Usbeken zum Grenzübertritt verhelfen würden. Im Januar 2014 wurden in Bischkek zwei kasachstanische Staatsbürger unter dem Verdacht festgenommen, einen Schleuserweg für Kirgisen nach Syrien aufzubauen. Der Weg von Russland führt entweder unter Vorgabe von Reise- oder Arbeitsplänen direkt in die Türkei und von dort nach Syrien, oder die Militanten nutzen die lange etablierten Netzwerke nordkaukasischer Dschihadisten. Schleuser in der Türkei, ihrerseits unter dem Oberkommando eines »Emir«, stellen den Kontakt zu Ausreisewilligen über spezielle Facebook- oder andere Accounts her, die in mehreren Sprachen betrieben werden, steuern dann die relevanten Flughäfen wie Istanbul, Antalya, Hatay und Gaziantep an und holen ihre Klienten von dort ab. Von türkischen Grenzstädten aus werden die Kämpfer mit dem Auto an die Grenze gebracht und von dort über Schmugglerpfade nach Syrien. Eine Zeit lang ließen türkische Grenzbeamte die Dschihadisten sogar legal ins Nachbarland und stempelten an offiziellen Grenzposten ihre Pässe ab. Erst nachdem im Sommer 2014 32 türkische LKW-Fahrer und kurz darauf bei der Einnahme der irakischen Stadt Mosul durch den IS 49 türkische Botschaftsangehörige als Geiseln genommen wurden, begann die Türkei, ihre Grenzpolitik zu überdenken. Offiziellen Verlautbarungen zum Trotz berichten Schleuser jedoch, dass sie immer noch jede Woche Ausländer nach Syrien brächten. Diese seien sehr leicht zu erkennen, aber die Polizei würde sich nicht dafür interessieren. Andere Militante würden eine humanitäre Maß-

nahme der türkischen Regierung ausnutzen, die eigentlich für Syrer gedacht war, die während des Bürgerkriegs ihre Papiere verloren hatten. Ihnen werde ein Mal pro Woche erlaubt, ohne Papiere die Grenze zu überqueren; ausländische Kämpfer würden sich der Menge anschließen.

Ausblick

Mittlerweile zeigen sich Spannungen innerhalb der multikulturellen dschihadistischen Gemeinschaft in Syrien und Irak. Die Haltung arabischer Dschihadisten gegenüber zentralasiatischen Kämpfern ist mehr und mehr zwiespältig. Einerseits sind sie aus militärischen und propagandistischen Erwägungen heraus auf weitere Rekrutierungen angewiesen. Andererseits sollen sich zentralasiatische und andere nicht-arabische Kämpfer angeblich mehr Misshandlungen der lokalen Bevölkerung zuschulden kommen lassen haben. Arabische Dschihadisten begründen dies damit, dass die Nicht-Araber die lokalen arabischen Dialekte nicht verstünden, mit der lokalen Kultur nicht vertraut seien und abseits eigener familiärer Kontrolle agierten. Um ihren Kredit bei der lokalen Bevölkerung nicht zu verspielen, haben einige Rebellengruppen zentralasiatische Kämpfer offenbar bereits zur Rückkehr in ihre Heimatländer ermutigt, wo sie ihre dschihadistische Mission fortführen könnten, ohne die Reputation der Dschihadisten in Syrien zu beschädigen. Dies trifft genau den Kern der Befürchtungen zentralasiatischer Regierungen, die ja davor warnen, dass Rückkehrer die Stabilität ihrer Heimatländer gefährden – obgleich die von ihnen ausgehende Gefahr nie konkretisiert wird. Nach jüngsten Meldungen, dass der IS (oder eine Gruppe, die behauptet, zum IS zu gehören) im Norden Afghanistans, an der Grenze zu Usbekistan, die schwarze IS-Flagge gehisst habe, wird vermutlich das Sicherheitsdenken noch weiter in den Vordergrund rücken.

Über die Autorin:

Klara Roth ist ein Pseudonym. Die Autorin ist der Redaktion bekannt.

Lesetipps:

- International Crisis Group, Syria Calling: Radicalisation in Central Asia, Europe and Central Asia Briefing No 72, 20.1.2015, = <<http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/b072-syria-calling-radicalisation-in-central-asia.aspx>>
- John Heathershaw, David W. Montgomery, Who says that Syria's calling? Why it is sometimes better to admit that we just don't know, CEDAR – Communities Engaging with Difference and Religion, 17.2.2015, = <<http://www.cedarnetwork.org/2015/02/17/who-says-syrias-calling-why-it-is-sometimes-better-to-admit-that-we-just-do-not-know-by-john-heathershaw-and-david-w-montgomery/>>
- Daniil Kislov, Is Central Asia Afraid of ISIS?, OpenDemocracy, 11.11.2014, = <<https://www.opendemocracy.net/od-russia/daniil-kislov/is-central-asia-afraid-of-isis>>
- Ryskeldi Satke, Casey Michel, Sertaç Canalp Korkmaz, The Islamic State Threat in Central Asia: Reality or Spin?, The Jamestown Foundation Terrorism Monitor, 20.3.2015, = <[http://www.jamestown.org/programs/tm/single/?tx_ttnews\[tt_news\]=43680&cHash=0675ecbfd7e509e815ff002b4143e228#.VRfsjeGQako](http://www.jamestown.org/programs/tm/single/?tx_ttnews[tt_news]=43680&cHash=0675ecbfd7e509e815ff002b4143e228#.VRfsjeGQako)>

Das Ende einer erfolgreichen Strategie?

Anmerkungen zur Parlamentswahl in Tadschikistan am 1. März 2015

Nach sich monatelang verschärfender Verfolgung oppositioneller Kräfte und Benachteiligungen vor allem der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT) im »Wahlkampf« hat Tadschikistan am 1. März 2015 ein neues Unterhaus des Parlamentes (tadschikisch Madschilisi Namoyandogon) gewählt. Das Ergebnis hat trotz dieser Vorgeschichte viele Beobachter überrascht. Der überwältigende Wahlsieg der Partei des Präsidenten entsprach allen Erwartungen, doch hatte kaum jemand damit gerechnet, dass die PIWT gar nicht mehr im Parlament vertreten sein könnte. Zwischenzeitlich sah es so aus, als würden nur noch Regierungsparteien ins neue Parlament einziehen, weil die Kommunistische Partei sich weigerte, die beiden ihr zugefallenen Direktmandate anzunehmen. Dies ist der Stand vieler direkt nach der Wahl im Internet veröffentlichter Kommentare. Die Partei distanziert sich von ihren beiden Deputierten, sie sind aber inzwischen ins Parlament eingezogen. Um die Wahlergebnisse zu verstehen und einzuordnen, ist ein kurzer Blick auf das tadschikische Wahlrecht und den Wahlablauf hilfreich.

Alle acht in Tadschikistan zugelassenen Parteien haben an der Wahl teilgenommen. Dies waren die Partei des Präsidenten, die Volksdemokratische Partei, die in den vorherigen Parlamenten die absolute Mehrheit der Sitze hatte und auch dieses Mal einen überwältigenden Wahlsieg verzeichnete, daneben die Agrarpartei, die Partei der ökonomischen Reformen (beide erst 2006 gegründet und seit 2010 im Parlament) und erstmals die Sozialistische Partei. Alle drei gelten als regierungskonforme Marionettenparteien und haben den Einzug ins Parlament geschafft. Außerdem beteiligten sich mit der Kommunistischen Partei, der PIWT, der Demokratischen und der Sozialdemokratische Partei auch vier kritische Parteien an der Wahl – mit der bereits erwähnten Ausnahme der Kommunisten erfolglos. Der Versuch des früheren Industrieministers Said Saidow, 2013 eine neue, oppositionelle Partei zu gründen, war durch seine Verurteilung zu 26 Jahren Haft wegen Vergewaltigung, Freiheitsentzug, Polygamie, Annahme von Bestechungsgeldern im besonders großen Umfang und Machtmissbrauch schon im Vorfeld der Wahlen zum Scheitern gebracht worden.

Das Unterhaus wird alle fünf Jahre gewählt und hat 63 Sitze, 41 werden nach Wahlkreisen im Mehrheitsystem vergeben, 22 nach Parteiliste mit 5 % Hürde. Die Barrieren für die Kandidaten sind hoch: Sie müssen mindestens 25 Jahre alt sein, über eine höhere Bildung verfügen, ihre Tadschikischkenntnisse nachweisen und in den letzten fünf Jahren im Land gelebt haben. Außerdem haben sie eine, auch wenn sie neuerdings halbiert wurde, für tadschikische Verhältnisse hohe Kaution von 4.000 Somoni (650 Euro) zu hinterlegen.

Nur zwei Parteien, die Volksdemokraten und die PIWT, hatten so viele Kandidaten aufgestellt, dass sie theoretisch eine Mehrheit im Parlament hätten erreichen können. In den Wahlkreisen konkurrierten zwar 185 Kandidaten um 41 Sitze, doch hatten die meisten Parteien bei weitem nicht in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hatten, Kommunisten, Demokraten und Sozialdemokraten sogar nur je drei insgesamt. Damit war die Auswahl für die Wähler stark eingeschränkt. Ähnlich war die Verteilung auf der Parteiliste, von 103 Kandidaten waren je 28 von Volksdemokraten und PIWT nominiert, von der Demokratischen Partei nur vier.

Das Urteil über die Einhaltung demokratischer Standards bei den Wahlen fiel wie gewohnt höchst unterschiedlich aus. Präsident Rachmon hat am 17. März in seiner Rede auf der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Parlamentes die Wahlen als höchst demokratisch gepriesen, ähnlich war zuvor schon die Einschätzung der GUS-Wahlbeobachter. Die OSZE/ODIHR Mission bewertete die Wahl dagegen recht kritisch als schlechter als die vorangegangene und bei weitem nicht demokratischen Standards entsprechend. Vor allem wurden der eingeschränkte politische Raum, der keine politischen Debatten und Konkurrenz der Kandidaten zuließ, diverse Probleme bei der Stimmabgabe, z. B. Family voting und vor allem Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Stimmen kritisiert.

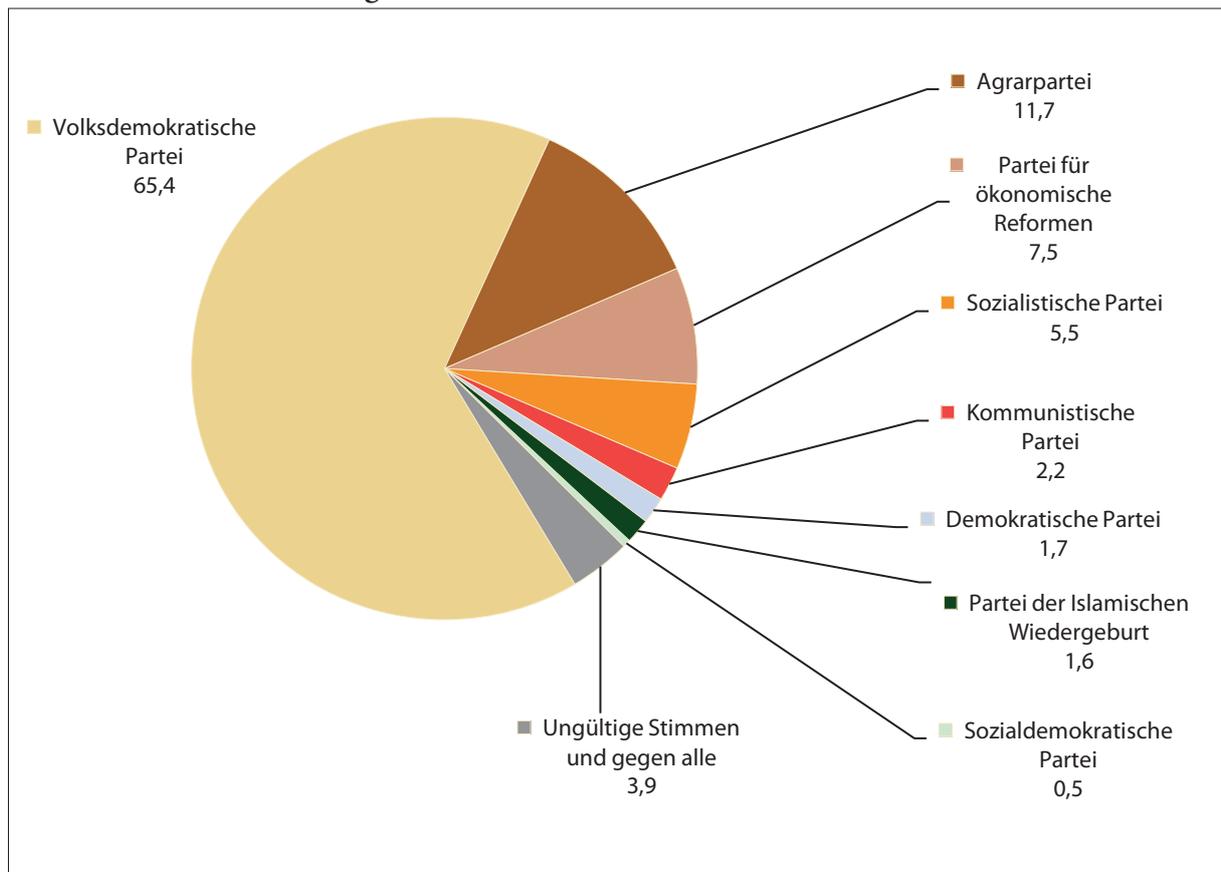
Was ist nun das Besondere am Wahlergebnis? Sind doch alle bisherigen Wahlen in Tadschikistan von der OSZE als nicht frei und fair bewertet worden und je zwei Sitze von Kommunistischer Partei und PIWT ließen auch im vorherigen Parlament keine wirksame Opposition zu. Das Ende der PIWT-Vertretung im Parlament markiert das Ende einer tadschikischen Besonderheit: Sie war als einzige zugelassene islamische Partei Zentralasiens bislang auch die einzige, die in einem Parlament vertreten war. Dies war noch Folge des Abkommens, das 1997 den Bürgerkrieg offiziell beendet hatte und vielfach als beispielhafter Erfolg bewertet wurde. Die damalige Regelung sah sogar vor, dass im Sinne einer Annäherung der verfeindeten Parteien die Vereinigte Tadschikische Opposition 30 % der Regierungsmitglieder stellt. Obwohl sie durchaus erfolgreich mit den Volksdemokraten zusammenarbeiteten, verschwanden ihre Vertreter nach und nach aus der Regierung. Die PIWT blieb aber mit wenigen Sitzen im Parlament vertreten. Mit der zurückliegenden Wahl endet die Phase des Ausgleichs endgültig, bzw. unter den gegebenen tadschikischen Verhältnissen kann man wohl sagen: sie wurde von Präsident Rachmon beendet. Zwar gibt es Stimmen, die der PIWT Ver-

säumnisse im Wahlkampf vorwerfen, die Partei soll trotz allen öffentlichen Drucks aber ca. 44.000 Mitglieder und ein Vielfaches an Sympathisanten haben, so dass das Wahlergebnis mit großer Sicherheit nicht die Stimmung der Bevölkerung wiedergibt. Das Vorgehen der Regierung wirkt radikalisierend auf jegliche politische Opposition. Die PIWT ist zurzeit gemäßigt islamisch, gemäßigter sogar als 1997. Ihr Ausschluss aus dem Parlament birgt die Gefahr, dass nun entweder fundamentalistischere Kräfte innerhalb der Partei an Einfluss gewinnen oder dass Anhänger islamischer Positionen ganz in den Untergrund gehen. Das Ergebnis der Wahl wurde deshalb schon als Pyrrhus-Sieg bezeichnet.

Natürlich hatten die wenigen Oppositionellen auch bislang keinerlei Einfluss auf die Arbeit des Parlaments, sie konnten aber die Vorgänge und Entscheidungen dort öffentlich machen. Nun wird die Volksvertretung eine geschlossene Veranstaltung. Erstes Anzeichen dafür ist, dass auf Beschluss der Präsidialverwaltung zu ihrer ersten Sitzung erstmals keine Vertreter unabhängiger und internationaler Medien eingeladen waren. Selbst Vertreter staatlicher Medien hatten nur begrenzten Zutritt. Das Wahlergebnis ist in jedem Fall ein weiterer Schritt hin zur autoritären, uneingeschränkten Herrschaft von Präsident Rachmon, der sich trotz der schlechten Beziehungen zu Usbekistan in dieser Hinsicht offensichtlich seinen Amtskollegen Islam Karimow zum Vorbild genommen hat.

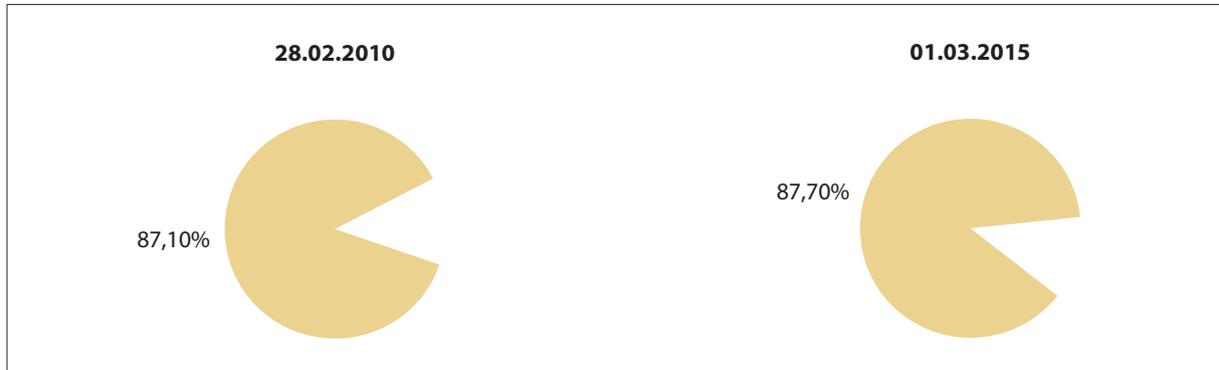
Beate Eschment

Grafik 1: Offizielles Endergebnis der Parlamentswahlen in Tadschikistan vom 1.3.2015



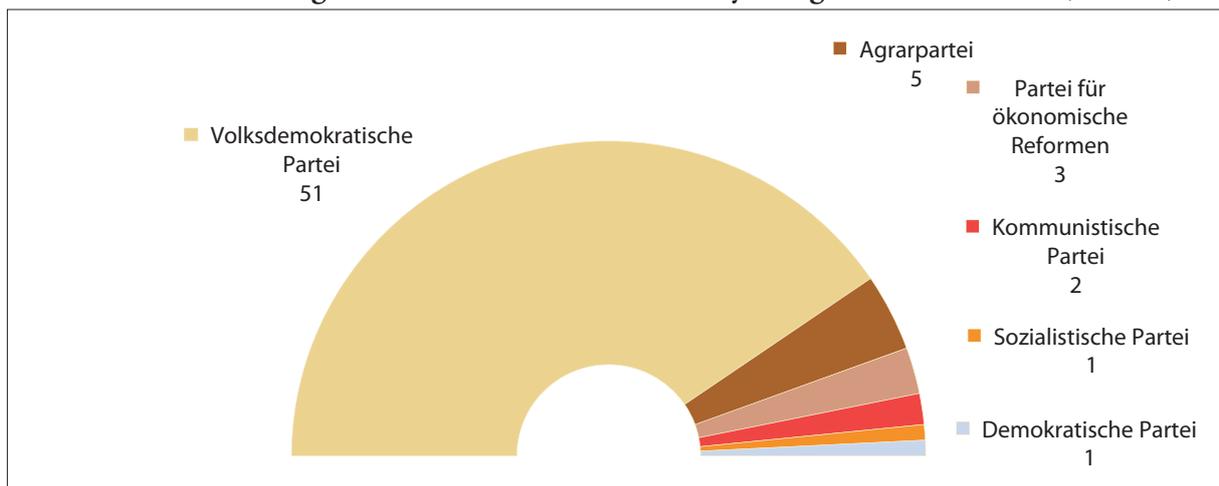
Quelle: <<http://news.tj/ru/node/204774>>

Grafik 2: Wahlbeteiligung 2010 und 2015



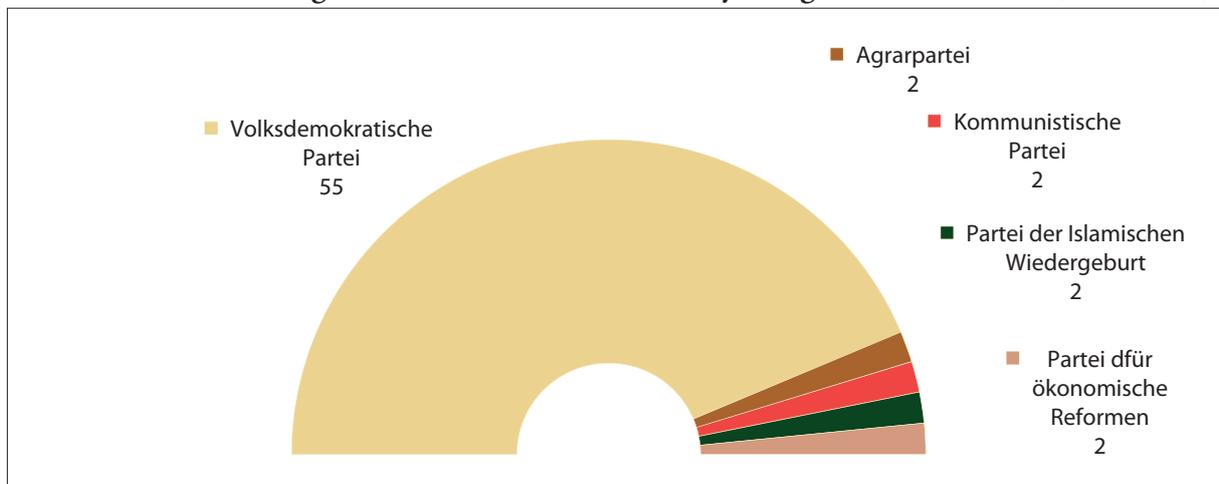
Quellen: <<http://www.ferghana.ru/news.php?id=14111&mode=snews>>, <<http://news.tj/ru/node/204774>>

Grafik 3: Sitzverteilung in der neuen Madschilisi Namoyandogon Tadschikistans (ab 2015)



Quelle: <<http://news.tj/ru/node/204774>>

Grafik 4: Sitzverteilung in der alten Madschilisi Namoyandogon Tadschikistans (2010–2015)



Quellen: <www.osce.org>, <www.asiaplus.tj>

Tabelle 1: Offizielles Endergebnis der Parlamentswahlen in Tadschikistan vom 1.3.2015

	Landesweite Parteiliste		Wahlkreise	Gesamtzahl der Mandate
	Stimmenanteile in %	Mandate	Mandate	
Volkdemokratische Partei	65,4	16	35	51
Agrarpartei	11,7	3	2	5
Partei für ökonomische Reformen	7,5	2	1	3
Sozialistische Partei	5,5	1		1
Kommunistische Partei	2,2		2	2
Demokratische Partei	1,7		1	1
Partei der Islamischen Wiedergeburt	1,6			
Sozialdemokratische Partei	0,5			
Ungültige Stimmen und gegen alle	3,9			
Summe	100	22	41	63

Wahlbeteiligung: 87,7%

Quelle: <<http://news.tj/ru/node/204774>>

CHRONIK

28. Februar – 20. März 2015

Kasachstan

28.2.2015	Aus dem Außenministerium verlautet, dass die OSZE/ODIHR offiziell zur Beobachtung der für den 26.4.2015 geplanten, vorgezogenen Präsidentschaftswahlen eingeladen wurde.
2.3.2015	Eine Delegation unter Leitung des Befehlshabers der iranischen Marine, Habibollah Sayyari, vereinbart bei einem Treffen mit der Spitze der kasachstanischen Armee in Astana eine engere militärische Zusammenarbeit.
3.3.2015	Der stellvertretende Energieminister, Magsum Mirsagalijew, gibt gegenüber Kazinform ein ab dem 5.3 in Kraft tretendes 45tägiges Importverbot für Benzin und Diesel aus der RF bekannt.
3.3.2015	Der Staatskonzern KazMunaiGaz gibt bekannt, dass seine Ölproduktion mit 4,18 Mio. t 2014 um 4 % niedriger ausfiel als im Vorjahr, der Gewinn jedoch u. a. aufgrund erhöhter inländischer Verbraucherpreise um 4 % auf 4,72 Mrd. US-Dollar gestiegen sei.
3.3.2015	Astana TV meldet, dass die Regierungen Kasachstans und Russlands zu einer Übereinkunft über die Übernahme des von den russischen Streitkräften genutzten Testgeländes Taysoygan im Gebiet Atyrau gekommen sind. Taysoygan wurde zuletzt zur Ausbildung von Militärpiloten genutzt, in den 1960/70er Jahren fanden dort mindestens 24 Atomtests statt.
3.3.2015	Die Strafverfolgungsbehörden des Gebiets Westkasachstan nehmen Ermittlungen gegen zwei Journalisten der oppositionellen Zeitung Uralskaja Nedelja auf, u. a. wegen eines Beitrags über die medizinische Versorgung ostukrainischer Separatisten in Krankenhäusern des Gebiets.
4.3.2015	Die Kommunistische Volkspartei schlägt Turgun Sysdykow als Kandidaten für die anstehenden Präsidentschaftswahlen vor.
4.3.2015	Es wird bekannt, dass die 2014 in Deutschland wegen Zigarettenschmuggels verurteilten kasachstanischen Diplomaten bereits vor einem Monat nach Kasachstan überstellt wurden.
5.3.2015	Die Kazkommertsbank verkauft 95,75 % der Anteile an ihrem kirgisischen Tochterunternehmen für 2,4 Mio. US-Dollar an den bisherigen Aufsichtsratschef von Kazkommertsbank Kirgyzstan, Kanat Mamakejew.
6.3.2015	Ein Militärgericht in Astana verurteilt den ehemaligen Chef der Grenztruppen, General Nurlan Dschulamanow, wegen Annahme von Schmiergeldern im besonders großen Umfang und Gründung einer kriminellen Vereinigung zu einer Haftstrafe von elf Jahren.
6.3.2015	Bei einem Treffen mit Vertreterinnen des öffentlichen Lebens anlässlich des bevorstehenden Internationalen Frauentages nährt Präsident Nursultan Nasarbajew mit einem Aussage hinsichtlich seiner Kandidatur für eine erneute Amtszeit, wonach es »Zeit sei, das Szenario zu ändern«, Gerüchte über seinen Rückzug.
7.3.2015	Tengrinews berichtet, dass die Mitarbeiter des Stahlkonzerns ArcelorMittal in Karaganda trotz angekündigter Lohnkürzungen der Unternehmensführung ihr Februargehalt in vollem Umfang erhalten haben.
8.3.2015	Die Wochenzeitung Megapolis meldet, dass der Bürgermeister von Almaty, Achmetschan Jesimow, den bekannten dänischen Stadtplaner und Architekten Jan Gehl zu Beratungen für die fußgänger- und fahrradfreundliche Umgestaltung der Stadt heranziehen will.
9.3.2015	Die Zentrale Wahlkommission lehnt die Registrierung dreier unabhängiger Präsidentschaftskandidaten wegen mangelnder Kasachischkenntnisse ab.
10.3.2015	Zwei Männer kommen bei der Suche nach Gold in einer verlassenen Mine im Gebiet Akmola ums Leben.
10.3.2015	Der spanisch-kasachstanische Film »Los olvidados de Karaganda« (Die Vergessenen von Karaganda) gewinnt beim Filmfestival in Jakarta, Indonesien, den Preis für die beste Dokumentation.
11.3.2015	Ein Delegiertenkongress der Partei Nur Otan in Astana nominiert Präsident Nasarbajew zum Kandidaten für die bevorstehende Wahl. In seiner Rede fordert Nasarbajew u. a. verstärkte Anstrengungen bei der Bekämpfung von Korruption und eine bessere Auswahl der Richter.
12.3.2015	Ein für den heutigen Tag geplantes Treffen der Staatschefs der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU) in Astana wird überraschend von russischer Seite abgesagt. Prästensprecher Dmitrij Peskow weist Spekulationen über den angeschlagenen Gesundheitszustand Wladimir Putins als Grund für die Absage zurück.
12.3.2015	Der Chef der Gewerkschaftsföderation und ehemalige Gouverneur des Gebiets Karaganda, Abelgasi Kusainow, reicht bei der Zentralen Wahlkommission seine Unterlagen für eine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen ein.
12.3.2015	Die Journalistin Ilona Jekschembejewaja wird in Almaty in ihrer Wohnung mit schweren Stichverletzungen tot aufgefunden. Die Polizei macht den Ehemann der Betroffenen für die Tat verantwortlich.

13.3.2015	Das Portal Bloomberg berichtet, dass die kasachstanischen Behörden bei einem Gericht in New York Klage gegen unbekannte Hacker eingereicht haben, die Regierungscomputer angezapft und vertrauliche Informationen Online gestellt haben sollen.
13.3.2015	Der ehemalige Kultur- und Informationsminister und bisherige Präsidentenberater, Mughtar Kul-Muchammed, wird zum Leiter des Wahlkampfstabs von Präsident Nasarbajew ernannt.
13.3.2015	Ex-Premier Serik Achmetow wird offiziell in sechs Punkten angeklagt, darunter der Annahme von Schmiergeldern in Höhe von 2,4 Mio. US-Dollar. Die Untersuchungsakten liegen Achmetow zur Kenntnisnahme vor und werden Mitte April 2015 an das zuständige Gericht weitergeleitet.
13.3.2015	Kasachstan ratifiziert durch Unterschrift von Präsident Nasarbajew ein Abkommen über die Abschaffung von Handelschranken zwischen der Zollunion und der GUS.
15.3.2015	Präsident Nasarbajew legt der Zentralen Wahlkommission 500.000 Unterschriften zur Unterstützung seiner erneuten Kandidatur vor. Dem Wahlgesetz zufolge muss jeder Kandidat für die Zulassung Unterschriften von mindestens 1 % der wahlberechtigten Bevölkerung (ca. 93.000 Personen) sammeln.
16.3.2015	Auf der nach Ende der Bewerbungsfrist am 15.3. von der Zentralen Wahlkommission publizierten Liste der Bewerber für die Präsidentschaftswahlen stehen 27 Namen. Die Zahl wird sich durch Beschlüsse der Kommission und Rücktritte von Bewerbern aber noch verringern.
16.3.2015	Die Gouverneure des Gebiets und der Stadt Karaganda, Bauyrschan Abdischew und Meiram Smagulow, werden nach Abschluss der Beweisaufnahme wegen Überschreitung ihrer Vollmachten, Abdischew zusätzlich auch wegen ungesetzlicher unternehmerischer Tätigkeit, angeklagt.
17.3.2015	Die österreichische Kronen Zeitung meldet, dass ein weiterer Untersuchungsbericht den Selbstmord-Befund im Fall Rachat Alijew bestätigt habe. Der Ex-Schwiegersohn von Präsident Nasarbajew wurde am Vortag in Anwesenheit seiner älteren Söhne, Nurali und Aisultan Nasarbajew, in Wien beigelegt.
17.3.2015	In Astana finden Regierungskonsultationen unter Leitung von Kasachstans stellvertretendem Außenminister, Alexej Wolkow, und Österreichs stellvertretender Wirtschaftsministerin, Bernadette Gierlinger, statt.
17.3.2015	Der Chef der Umweltorganisation Tabigat, Mels Eleusisow, zieht seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen aufgrund fehlender finanzieller Mittel zurück.
17.3.2015	Zwei Bergsteiger werden nahe Almaty Opfer eines Lawinenabgangs.
17.3.2015	Zwei Polizeibeamte werden von einem Gericht wegen Folter eines mutmaßlichen Juwelendiebs zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, bei einem dritten Beamten wird dieselbe Strafe zur Bewährung ausgesetzt.
20.3.2015	Nach Angaben des Nationalen Sicherheitskomitees (KNB) sind derzeit rund 150 Kasachstaner an Kämpfen militanter Gruppen im Ausland beteiligt.
20.3.2015	Das am 12.3. von Russlands Präsident Putin abgesagte Treffen der Staatsoberhäupter der EEU findet in Astana statt. Präsident Nasarbajew spricht sich dabei u. a. erneut für die Erhaltung der territorialen Integrität der Ukraine aus.
20.3.2015	Ein Gericht in der Stadt Uralsk spricht zwei Journalisten der oppositionellen Zeitung Uralskaja Nedelja vom Vorwurf der Verleumdung frei.
20.3.2015	Die Tochter des malaysischen Premiers Najib Rasak, Nurjiana Najwa, und ein Neffe von Präsident Nasarbajew, Danijar Kessikbajew, heiraten in Putrajaya, Malaysia.

Kirgistan

28.2.2015	Außenminister Jerlan Abdyldajew empfängt in Bischkek den Generalsekretär des Kooperationsrates der turksprachigen Staaten, Ramil Hasanow, zu Gesprächen über den Stand der Zusammenarbeit.
28.2.2015	Im aktuellen Konflikt um die Nichtauslieferung von Mitgliedern der Familie Bakijew durch Belarus erklärt das Außenministerium, es habe zwei Tage zuvor ohne Beleidigungen eine Auslieferung erbeten und verwehrt sich gegen eine Stellungnahme des weißrussischen Außenministeriums, in dem Kirgistan als unzivilisierter Staat bezeichnet wird.
28.2.2015	Präsident Almasbek Atambajew unterzeichnet eine Gesetzesänderung, mit der der Import von für den Linksverkehr produzierten Autos verboten wird. Sie tritt in drei Monaten in Kraft.
2.3.2015	Nachdem die – unbewiesene – Behauptung des staatlichen Fernsehens vom 24.2., dass Restaurants in Bischkek Eselfleisch als Rind oder Lamm servieren würden, seither die Öffentlichkeit beschäftigt hat, fordert das Parlamentskomitee für Agrarpolitik die Regierung ultimativ auf, bis zum 15.3. Maßnahmen gegen diesen Betrug zu ergreifen, ansonsten habe sie mit einem Misstrauensvotum zu rechnen.
3.3.2014	Der Pressedienst des nationalen Sicherheitskomitees meldet die Zerschlagung einer Frauengruppe der islamistischen Hizb ut-Tahrir, die Mitglieder rekrutiert und extremistische Literatur verbreitet haben soll.

3.3.2015	Nach Angaben der Vorsitzenden der Rechnungskammer, Elmira Ibrahimowa, hat es bei der Verwendung der internationalen Hilfe für die Opfer der Auseinandersetzungen in Osch 2010 Verluste in Höhe von 1,8 Mio. Som (28.900 US-Dollar) aufgrund von Fehlern der regionalen Verwaltungen gegeben.
3.3.2015	Studenten veranstalten in Bischkek anlässlich des Tages der Staatsflagge einen Flash Mob, um ihren Altersgenossen Patriotismus und Respekt vor den Staatssymbolen zu vermitteln.
3.3.2015	Ein kanadisches Gericht verfügt auf Antrag des lettischen Staatsbürgers Walerij Belokon die Beschlagnahme von 6,5 Mio. kirgisischen Anteilen an Centerra Gold Inc. im Wert von 20,5 Mio. Kanada-Dollar (16,3 Mio. US-Dollar) nachdem die kirgisische Regierung einem Urteil des Internationalen Schiedsgerichtshofes in Paris vom Oktober 2014 nicht nachgekommen war, Belokon diese Summe zu zahlen. Ein Vertreter von Kirgyzaltyn erklärt in Reaktion darauf, dass es sich um eine Verschwörung gegen Kirgistan handele.
4.3.2015	Universitätszugangsprüfungen in usbekischer Sprache sind nach Angaben einer Sprecherin des Bildungsministeriums ab diesem Jahr endgültig abgeschafft. 2014 hatten noch 50 Schulabgänger den Test aufgrund einer Ausnahmeregelung auf Usbekisch abgelegt.
4.3.2015	Die afghanische Website Pajhwok.com meldet, dass die meisten Opfer einer Militäroffensive zur Befreiung von 30 vor zehn Tagen entführten Geiseln in Zabul in der gleichnamigen südwestafghanischen Provinz Kirgisen gewesen seien, darunter auch Frauen.
11.3.2015	Präsident Atambajew fordert bei einem Empfang für neu akkreditierte Botschafter die internationale Wirtschaft auf, in Kirgistan zu investieren, Sicherheitsgefahren seien längst überwunden.
12.3.2015	Der Führer der Nationalen Oppositionsbewegung, Rawschan Dschejenbekow, kündigt einen Zusammenschluss von Oppositionsparteien zur Teilnahme an den Parlamentswahlen im Herbst an.
12.3.2015	Das Parlament nimmt einen Gesetzesentwurf an, der vorsieht, dass Bezirkschefs, die ethnische Konflikte in ihrem Amtsgebiet zulassen, entlassen werden.
14.3.2015	Nachdem er am Vortag drei der vier stellvertretenden Generalstaatsanwälte entlassen hatte, ernennt Präsident Atambajew Kilytschbek Toktogulow zum neuen ersten stellvertretenden Generalstaatsanwalt.
16.3.2015	Präsident Atambajew wird in St. Petersburg von seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit und den bevorstehenden Beitritt Kirgistans in die Eurasische Wirtschaftsunion (EEU) empfangen.
17.3.2015	Nachdem die Nationalbank am Vortag den Som mit 24,7 Mio. US-Dollar stützen musste, betragen ihre Reserven nach Angaben ihres Direktors, Tolkunbek Abdygalijew, noch 1,8 Mrd. US-Dollar. Seit Jahresbeginn hat die Bank die nationale Währung mit 108,8 Mio. US-Dollar gestützt.
16.3.2015	Zehn Demonstranten fordern vor dem Weißen Haus in Bischkek den Rücktritt von Präsident Atambajew, u. a. weil er mit seiner Unterschrift unter das entsprechende Gesetz Ausländern den Erwerb von Land erlaubt hat.
17.3.2015	Der Vorsitzende der Assoziation der Leichtindustrie, Saparbek Asanow, fordert im Zusammenhang mit dem Beitritt zur EEU eine Devaluation des Som, die hoffentlich eine Steigerung der Exporte bewirken werde.
17.3.2015	Nachdem in der Presse spekuliert worden war, dass ein nicht bekannt gegebener, inoffizieller Zwischenstopp Präsident Atambajews in Chisinau auf dem Weg nach St. Petersburg private Gründe gehabt habe, erklärt ein Sprecher der Präsidialverwaltung, dass dieser Aufenthalt rein im nationalen Interesse Kirgistans gewesen sei. Atambajew habe u. a. mit Parlamentssprecher Adrian Candu über die Beziehungen Moldowas zur EU und Russland gesprochen.
17.3.2015	In einem Radiointerview macht Transportminister Kalybek Sultanow bekannt, dass er bei einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Yang Chuantang im Februar vorgeschlagen habe, dass China die kompletten Baukosten für den Bau der Eisenbahnverbindung von Kirgistan nach China übernimmt.
18.3.2015	Im Zentrum von Bischkek versammeln sich Menschenrechtler, um der sechs Menschen, die vor 13 Jahren in Aksy ums Leben kamen, zu gedenken. Am 17.3.2002 hatten Sicherheitskräfte das Feuer auf Teilnehmer eines Treffens von Anhängern des Kritikers des damaligen Präsidenten Askar Akajew, Almasbek Beknasarow, im Dorf Bospijek im Bezirk Aksy (Gebiet Dschalalabad) eröffnet.
18.3.2015	Auf einer Pressekonferenz gibt Jenischbek Moldokmatow die Bildung einer landesweiten paramilitärischen Einheit namens El Namysy (Würde des Volkes) bekannt, die Kirgistan vor aus dem Ausland kommenden Bedrohungen bewahren will.
19.3.2015	Akipress meldet, dass Mitglieder der Grenztruppen der Gebiete Osch, Naryn und Issyk-Kul in Kaschgar (Uigurische Autonome Region Xinjiang, VR China) mit Chefs der Grenztruppen des chinesischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit zusammengetroffen sind. Beide Seiten waren sich einig in der Notwendigkeit, einen engeren Informationsaustausch zu pflegen.

20.3.2015	Der Chef der EU-Mission in Bischkek, Cesare De Monti, gibt vor der Presse bekannt, dass die EU die im Herbst anstehenden Parlamentswahlen mit 10 Mio. US-Dollar unterstützen wird.
20.3.2015	Nach Angaben der russischen Zentralbank ist die Summe der Rücküberweisungen von Russland nach Kirgistan von 2,1 Mrd. US-Dollar 2013 auf 2,0 Mrd. US-Dollar 2014, d. i. um 2,1 %, gesunken.

Tadschikistan

1.3.2015	In ganz Tadschikistan finden Wahlen für die untere Kammer des Parlamentes statt.
2.3.2015	Die Zentrale Wahlkommission gibt das vorläufige Ergebnis der Wahl bekannt: Die Partei des Präsidenten, die Volksdemokratische Partei ist überragende Siegerin mit 65,2% der Stimmen, daneben ziehen die Agrarpartei (11,8%), die Partei für ökonomische Reformen (7,6%) und die Sozialistische Partei (5,2%) in das neue Parlament ein. Die Wahlbeteiligung lag bei 87,7%.
2.3.2015	Vertreter der OSZE-Wahlbeobachtungsmission erklären in einer ersten Stellungnahme, dass die Parlamentswahlen in einem eingeschränkten politischen Raum und mit ungleichen Chancen stattfanden, vielfach seien Probleme bei der Auszählung beobachtet worden. Die GUS-Wahlbeobachter erklären die Wahlen dagegen für demokratisch und frei.
3.3.2015	Vertreter von UNDP, der japanischen Entwicklungshilfeorganisation JICA und der tadschikischen Regierung unterzeichnen eine Vereinbarungen über die Finanzierung des Baus eines neuen Grenzüberganges nach Afghanistan in Langar im Südosten Tadschikistans und die Modernisierung mehrerer bestehender Grenzposten in Höhe von 4,2 Mio. US-Dollar.
3.3.2015	Das Oberste Gericht verkürzt auf der Basis einer Kassationsklage des Anwalts von Schuchrat Kudratow dessen Freiheitsstrafe von neun auf fünf Jahre. Kudratow war Anwalt des Oppositionellen Said Saidow gewesen und im Januar von einem Stadtgericht in Duschanbe wegen Betrugs und Bestechung verurteilt worden.
4.3.2015	Präsident Emomali Rachmon empfängt den Vize-Präsidenten der ADB, Wencai Zhang, zu Gesprächen über Möglichkeiten des Ausbaus der bilateralen Kooperation.
4.3.2015	Ein Gericht in Duschanbe verurteilt Umidschon Salichow wegen Mitgliedschaft in der verbotenen oppositionellen Gruppe 24 zu 17,5 Jahren Haft. Der Angeklagte hatte jede Verbindung zu der Gruppe bestritten.
5.3.2015	Am späten Abend wird in Istanbul der Gründer der oppositionellen Gruppe 24, Umarali Kuwatow, von Unbekannten erschossen. Vertreter des offiziellen Tadschikistan äußern die Vermutung, dass verärgerte Geschäftspartner des ehemaligen Unternehmers Kuwatow hinter dem Mord stehen, die Opposition sieht dagegen eher politische Motive und schließt Verbindungen mit dem offiziellen Tadschikistan nicht aus.
10.3.2015	Präsident Rachmon ersetzt den bisherigen Landwirtschaftsminister Kosim Rahbar durch Mahmadoir Zokirow.
10.3.2015	In Duschanbe beginnt ein hochrangiger Sicherheitsdialog zwischen Vertretern der zentralasiatischen Staaten und der EU.
10.3.2015	Außenminister Sirojiddin Aslow empfängt Miroslav Jenca, den Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für Zentralasien und Chef des United Nations Regional Centre for Preventive Diplomacy for Central Asia (UNRCCA), zu Gesprächen über die Sicherheitslage in der Region.
10.3.2015	Außenminister Aslow erörtert mit dem stellvertretenden Außenminister Afghanistans, Hekmat Khalil Karzai, Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der bilateralen Beziehungen.
11.3.2015	Im Gebiet Chatlon beginnt eine mehrtägige, groß angelegte Anti-Terror-Übung des Verteidigungsministeriums, an der bis zu 50.000 Soldaten und Zivilisten teilnehmen.
11.3.2015	Präsident Rachmon empfängt am Rande des EU-Zentralasien Sicherheitsdialogs in Duschanbe die stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Helga Maria Schmid, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit Tadschikistans mit der EU sowie regionale Sicherheitsprobleme.
13.3.2015	Außenminister Aslow empfängt in Duschanbe CSTO-Generalsekretär Nikolaj Bordjuscha zu Gesprächen über die aktuellen Herausforderungen der internationalen Sicherheit. Am Vortag war Bordjuscha bereits mit Verteidigungsminister Scherali Mirso zusammengetroffen.
12.3.2015	Der Rat der Gruppe 24 wählt im Exil den Cousin ihres ermordeten Vorsitzenden Kuwatow, Scharofiddin Gadojew, zum neuen Führer.
13.3.2015	Finanzminister Abdusalom Kurbonow und der Direktor des Schweizer Verbindungsbüros in Duschanbe, Peter Mikula, unterzeichnen einen Vertrag über einen 9 Mio. US-Dollar Kredit zur Verbesserung der Wasserversorgung im Norden des Landes und in Chorog (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan).
13.3.2015	Ein Gericht in Duschanbe verurteilt zwei weitere der Mitgliedschaft in der oppositionellen Gruppe 24 Verdächtige wegen Beleidigung des Präsidenten, Mitgliedschaft in einer verbotenen Vereinigung und Planung eines Umsturzes zu je 16,5 Jahren Haft. Beide hatten jede Verbindung zur Gruppe 24 abgestritten.

16.3.2015	Aus der Präsidentenadministration wird bekannt, dass Präsident Rachmon seinen ältesten Sohn, Rustam, zum Vorsitzenden der Agentur für Finanzkontrolle und Kampf gegen Korruption ernannt hat. Deren bisheriger Chef, Abdufatoh Gojib, übernimmt Rustams bisherige Funktion als Leiter des Zolldienstes.
16.3.2015	In Chudschand (Gebiet Sogd) treffen Vertreter der kirgisischen und tadschikischen Sicherheitsdienste zu Gesprächen über illegale Migration und den Kampf gegen Extremismus zusammen.
17.3.2015	Das neue Parlament wählt bei seiner ersten Sitzung Schukurjon Zuhuraw erneut zum Parlamentssprecher. Präsident Rachmon erklärt vor den Abgeordneten, dass die vorangegangenen Wahlen frei und transparent, demokratischen Standards entsprechend, abgelaufen seien.
17.3.2015	Nematullo Hikmatullosoda, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, trifft mit dem Regionaldirektor der Islamic Development Bank, Hisham Maarouf, zu einem Meinungsaustausch über geplante Projekte des Instituts zusammen.
17.3.2015	Die Weltbank bewilligt einen Kredit von 13,5 Mio. US-Dollar zur Finanzierung des Tajikistan Communal Services Development Fund Project.
17.3.2015	Ein Gericht in Duschanbe verurteilt Muattara Dschurajewa wegen Betrugs zu sechs Jahren Haft. Die bekannte Fernsehnewsmoderatorin, die sich schuldig bekannt hatte, soll ihre Popularität ausgenutzt haben, um sich Geld zu leihen ohne es zurückzuzahlen.
18.3.2015	Präsident Rachmon empfängt Umesh Kumar, Exekutivdirektor der ADB, zu Gesprächen vor allem über die neue Kooperationsstrategie 2016–2020.
18.3.2015	Nach Angaben im neuesten Jahresbericht des Ombudsmannes für Menschenrechte starben 2014 in Krankeneinrichtungen tadschikischer Haftanstalten 80 Gefangene, davon 25 an Tuberkulose.
19.3.2015	Beim jährlichen Treffen mit führenden Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern fordert Präsident Rachmon die Entwicklung einer langfristigen Entwicklungsstrategie, die Tadschikistan zu einem demokratischen und säkularen Staat machen solle.
19.3.2015	Im sozialen Netzwerk Odnoklassniki taucht ein Video auf, in dem 16 tadschikische IS-Kämpfer ihre Rückkehr ankündigen, um den Dschihad in ihrer Heimat zu führen.
20.3.2015	Eine der auflagenstärksten Zeitungen der Vereinigten Staaten, USA Today, erscheint mit einer achtseitigen Beilage, in der Tadschikistan als stabiler Staat, der im Kampf gegen Drogen und Extremismus eng und erfolgreich mit dem Westen zusammenarbeitet und von einem visionären Präsidenten geführt wird, dargestellt wird.
20.3.2015	Nach Angaben der russischen Zentralbank ist die Summe der Rücküberweisungen von Russland nach Tadschikistan von 4,2 Mrd. US-Dollar 2013 auf 3,9 Mrd. US-Dollar 2014, d. i. um 7,6%, gesunken.

Turkmenistan

1.3.2015	In Aschchabad finden turkmenisch-österreichische Regierungskonsultationen unter Leitung der stellvertretenden österreichischen Wirtschaftsministerin, Bernadette Gierlinger, statt.
3.3.2015	In einer Erklärung des Ministeriums für Öl und Gas wird in Reaktion auf Medienberichte über eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Turkmenistan und EU betont, dass Turkmenistan die Nachfrage nach Gas auf dem europäischen Markt im vollen Umfang erfüllen könne.
4.3.2015	Außenminister Raschid Meredow reist zu einem Treffen der Arbeitsgruppe zur Regelung des juristischen Status des Kaspischen Meeres nach Baku.
4.3.2015	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow bricht wegen der Verschlechterung des Gesundheitszustands seiner Mutter einen offiziellen Staatsbesuch in der Türkei ab. Zuvor war er bereits mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan zu Gesprächen u. a. über den Gasexport über das Kaspische Meer zusammengetroffen.
6.3.2015	RFE/RL berichtet, Bewohner eines afghanischen Dorfes in der Provinz Farjab würden gegen die angebliche Abriegelung ihres Landes auf einer Insel im Amu Darja durch turkmenische Grenztruppen u. a. mit Hungerstreik protestieren. Auslöser des Streits ist die Verstärkung der Grenze von turkmenischer Seite mit Stacheldraht gegen die Infiltration von islamistischen Kämpfern.
8.3.2015	Das oppositionelle Nachrichtenportal Chronika Turkmenistana meldet, dass bereits Mitte Februar 2015 eine Gruppe von neun mutmaßlichen Terroristen nahe der Stadt Tedschen (Gebiet Achal) festgenommen wurde, die aus Afghanistan auf turkmenisches Gebiet vorgedrungen sein soll. Es soll sich um turkmenische Staatsangehörige handeln.
9.3.2015	RFE/RL berichtet, dass in der afghanischen Provinz Farjab bei Kämpfen zwischen afghanischen Sicherheitskräften und Aufständischen eine Hochspannungsleitung, über die Strom aus Turkmenistan importiert wird, zerstört wurde.

10.3.2015	Der iranische Präsident Hasan Ruhani wird im Rahmen eines offiziellen Staatsbesuchs in Aschchabad von seinem turkmenischen Amtskollegen Berdymuchammedow empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die instabile Lage in Afghanistan. Es werden mehrere bilaterale Abkommen unterzeichnet, u. a. über die Auslieferung von Häftlingen.
11.3.2015	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt ein Gesetz, das der Bevölkerung ab dem 1.7.2015 die Organisation von bestimmten Demonstrationen und anderen Massenveranstaltungen erlaubt. Die letzte nicht von der Regierung organisierte Demonstration in Aschchabad liegt zwei Jahrzehnte zurück und wurde damals von offizieller Seite als von Drogenabhängigen und Alkoholikern organisiert gebrandmarkt.
12.3.2015	Präsident Berdymuchammedow reist zu einem Arbeitsbesuch nach Japan, wo er u. a. von Premier Shinzo Abe und Kaiser Akihito empfangen wird.
16.3.2015	Chronika Turkmenistana meldet, dass im Zusammenhang mit der Verhaftung mutmaßlicher Terroristen in der Stadt Tedschen im Februar im Rahmen eines Einsatzes von Spezialeinheiten des Innenministeriums weitere 80 Personen festgenommen wurden. Später wird bekannt, dass eine in Tedschen geplante Demonstration gegen die hohen Lebensmittelpreise und die Abwertung des Manat den Einsatz ausgelöst haben soll.
16.3.2015	Bei der Niederschlagung von Protesten gegen die angebliche Landnahme turkmenischer Grenzer bei der Verstärkung der turkmenisch-afghanischen Grenze in der Provinz Farjab werden mindestens vier Personen durch afghanische Sicherheitskräfte getötet.
18.3.2015	Präsident Berdymuchammedow erörtert in einem Telefonat mit seinem usbekischen Amtskollegen Islam Karimow Fragen der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere die regionale Sicherheit betreffend.
18.3.2015	CSTO-Generalsekretär Nikolai Bordjuscha erklärt vor Journalisten in Moskau, dass die turkmenische Führung bisher nicht auf ein Angebot für eine stärkere Zusammenarbeit seiner Organisation in der Terrorbekämpfung reagiert habe.
18.3.2015	UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ernennt den bulgarischen Diplomaten Petko Draganov zum neuen Chef des United Nations Regional Centre for Preventive Diplomacy for Central Asia (UNRCCA) mit Sitz in Aschchabad.
20.3.2015	Nach Angaben der russischen Zentralbank ist die Summe der Rücküberweisungen von Russland nach Turkmenistan von 40 Mio. US-Dollar 2013 auf 31 Mio. US-Dollar 2014, d. i. um 22,5 %, gesunken.

Usbekistan

28.2.2015	Die aserbaidjanische Nachrichtenagentur Trend.az meldet unter Berufung auf informierte Quellen, dass der Baubeginn für den usbekischen Teil der vierten Pipeline von Zentralasien nach China Mitte 2015 sein werde.
2.3.2015	Der bekannte TV-Nachrichtensprecher Rachmatilla Mirsajew wird im Gebiet Taschkent ermordet aufgefunden, ein erster Verdächtiger ist bereits verhaftet.
3.3.2015	Die seit dem 28.2. nach einem Hackerangriff abgeschaltete Website der Virtuellen Wahlkommission ist wieder funktionsfähig. Auf der von der Exilopposition eingerichteten Seite können Internetnutzer ihre virtuelle Stimme für oppositionelle Präsidentschaftskandidaten abgeben.
3.3.2015	Zum Abschluss des Besuches des Ministers für Außenhandelsbeziehungen, Investitionen und Handel, Eljor Ganijew, in Abu Dhabi wird bekannt, dass Verträge über gemeinsame Investitionen und technische Zusammenarbeit im Wert von 119,5 Mio. US-Dollar unterzeichnet wurden. Ganijew war u. a. mit dem Wirtschaftsminister der VAE, Sultan al Mansouri, und der Ministerin für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit, Sheikha Lubna Al Qasimi, zusammengetroffen.
4.3.2015	Außenminister Abdulus Kamilow empfängt die Chefin der begrenzten ODIHR-Wahlbeobachtungsmission, Cayetana de Zulueta, zu Gesprächen über den Stand der Vorbereitungen der Präsidentschaftswahl am 29.3.
6.3.2015	Der Pressedienst der staatlichen Eisenbahngesellschaft Uzbekistan Temir Yollari meldet die Unterzeichnung eines Vertrages mit DB International, die sich an der Elektrifizierung der Strecke Karschi–Termes beteiligen wird.
9.3.2015	Die Regierung verabschiedet eine Resolution zur Verbesserung von Straßen und Tourismusinfrastruktur, die vor allem die Einrichtung von Toilettenanlagen in der Nähe historischer Kulturdenkmäler vorsieht. Zudem wird eine Resolution über die Entwicklung des Tourismus beschlossen, die u. a. eine umfassende Liste der für Touristen verbotenen Objekte und Gebiete enthält.
10.3.2015	Die Menschenrechtsallianz meldet, dass der Menschenrechtler Alikul Sarymsakow am 3.3. auf offener Straße von Milizionären entführt und in eine psychiatrische Klinik gebracht wurde.
11.3.2015	In Seoul nimmt die Menschenrechtlerin Adelaida Kim in Vertretung von Jelena Uraljewa, der die Ausreise aus Usbekistan nicht gestattet worden war, die mit 10.000 US-Dollar dotierte Auszeichnung »Gerechtigkeit und Frieden« der südkoreanischen Stiftung gleichen Namens, gegründet von Tjj Hak-Soon, entgegen.

12.3.2015	Der Verkauf von Autos von GM Uzbekistan in Russland ist im Januar/Februar 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 56 % eingebrochen, meldet das Komitee der Autoproduzenten.
14.3.2015	Die Fraktionen der Liberaldemokratischen Partei und Milly Tiklanisch im neuen Parlament beschließen die Bildung eines Blocks der demokratischen Kräfte.
15.3.2015	Am späten Abend kommen bei einem Verkehrsunfall im russischen Gebiet Brjansk in einem Minibus 15 usbekische Staatsbürger ums Leben, die an einem Grenzübergang zur Ukraine ihre Aufenthaltserlaubnis für Russland verlängert hatten.
16.3.2015	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik hatte Usbekistan zu Jahresbeginn 31.025.500 Einwohner und damit 532.700 oder 1,7 % mehr als 2014.
17.3.2015	Die Regierung beschließt, 2015 1,5 Mrd. kWh Strom nach Afghanistan zu exportieren.
17.3.2015	CSTO-Generalsekretär Nikolai Bordjuschka bedauert vor Journalisten in Moskau, dass es bisher keine Reaktion aus Usbekistan auf ein Angebot für eine stärkere Zusammenarbeit in der Terrorbekämpfung gebe.
17.3.2015	Uzbektelecom reduziert zum siebten Mal in diesem Jahr die Internetgebühren.
18.3.2015	Die russische Lukoil meldet den Beginn der Realisierung des Kandym-Projektes, das sechs Erdgasfelder umfasst.
19.3.2015	Nach einem von der Regierung beschlossenen Plan über die Stromproduktion, sollen 2015 in Usbekistan 57 Billionen kWh Strom produziert werden. Vergleichszahlen für 2014 liegen noch nicht vor.
19.3.2015	In der Kleinstadt Angren in der Nähe von Taschkent wird einige Wochen vor dem 70. Jahrestag des sowjetischen Sieges über das nationalsozialistische Deutschland, der in Usbekistan Tag des Gedenkens heißt, ein aus der Sowjetzeit stammendes Denkmal für dieses Ereignis demontiert.
20.3.2015	Nach Angaben der russischen Zentralbank ist die Summe der Rücküberweisungen von Russland nach Usbekistan von 6,69 Mrd. US-Dollar 2013 auf 5,65 Mrd. US-Dollar 2014, d. i. um 15,4 %, gesunken.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH, vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g



giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2015 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>